Donnerstag, 24. November 1921 • 69. Jahrgang Nr. 542

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzelnummer 30 Pf.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Der Stand der Mark

Einhundert Mark kosten in:

		Letzter Kurs	Vortagst. Kurs	Kurs v. 1.7.1914
New-York	Dollar	0,85¾	0,85½	23,81
Amsterdam ...	Fl.	1,75	1,69	58,62
Kopenhagen ..	Kr.	2,05	2,03	88,88
Stockholm ...	Kr.	1,58	1,56	88,88
Kristiania ...	Kr.	2,86	2,75	88,88
Zürich	Fr.	1,90	1,90	125,—
Wien.....	Kr.	—,—	—,—	117,64
London	Sh.	1,80	1,79	100,00
Paris.....	Fr.	5,07	5,07	125,00
Rom	Lire	8,83	8,07	125,00

Lebensmittelpreise von heute

Heutige Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle.

Zufuhr an Fischen ausreichend, Preise wenig verändert.

Schellfisch 3—3,50 M., Kabeljau 3,50—6 M., Seehecht 6—7 M., Goldbarsch 2—3,50 M., Rotzungen 3,50—4 M., grüne Heringe 6—7 M. das Pfund; in Eis gepackt: Hechte 10—11 M., Barsche 3—7 M., Zander 9—12 M., Aale 22 M., Bleie 4—5 M., Plötzen 3—5 M. das Pfund; lebend: Hechte 12—13 M., Karpfen 12—13 M., Schleie 11—13 M., Aale 25—29 M. das Pfund. Butter 40—46 M. d. Pfd. Eier 3,70—3,80 M. das Stück.

Schnelldienst

Der Landtag nahm die neue Geschäftsordnung in der letzten Nachtsitzung mit erdrückender Mehrheit an. Die Obstruktion der Kommunisten wurde bis 5 Uhr fortgesetzt. Das Abstimmungsergebnis wurde mit einem neuen Trillerruf des kommunistischen Pfeifenklubs aufgenommen.

Die Angestellten der städtischen Werke haben beschlossen, heute in den Betrieben eine geheime Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs vorzunehmen. Die Ablehnung würde den Streik bedeuten, der spätestens Freitag früh eintreten würde.

Der Dichter Felix Philippi ist in der letzten Nacht im 71. Lebensjahr gestorben.

Wie gemeldet wird, hat die englische Firma Vickers mit der Räteregierung einen Vertrag über die Herstellung von 1500 Lokomotiven abgeschlossen.

Die Flucht des früheren Oberleutnants Boldt aus dem Hamburger Untersuchungsgefängnis soll wohlvorbereitet und von Komplizen unterstützt worden sein.

Auf ihrer Studienfahrt durch Deutschland haben die Mitglieder der internationalen Arbeitskonferenz gestern München besucht.

Harding hat eine Bill unterzeichnet, die die Verwendung alkoholischer Getränke zu ärztlichen Zwecken beschränken soll.

Gestern wurde in London eine internationale Konferenz über die Frage der Frachttransporte zur See eröffnet, an der vierzehn Nationen beteiligt sind.

An der Börse waren die Devisen- und Effektenkurse bei geringem Umsatz wenig verändert. 1 Dollar 278 Mark.

Ein neuer Hilferuf Nansens.

Der Hunger in Zentralrußland.

Moskau, 23. November. (Intel.)

Fridtjof Nansen, der wieder in Moskau eingetroffen ist, hat an das Londoner „Rettet die Kinder-Komitee" einen Funkspruch gerichtet, in dem es heißt: „Ich habe gesagt, daß von den 20 bis 30 Millionen Menschen, die von der Hungersnot betroffen sind, 10 Millionen dem Hungertode geweiht sind. Indessen sind die wirklichen Verhältnisse schlechter als ich annahm. Zuverlässige Berichte aus Kasan besagen, daß allein in diesem Gouvernement hunderttausende Menschen durch Hunger und Krankheit zugrunde gehen müssen, wenn sie nicht ausreichende und rasche Hilfe erhalten. Der gesamten Bevölkerung Zentralrußlands droht Vernichtung. Riesige Gebiete sind zu einer Wüste geworden. Schnellste Hilfe tut not! Es kann nicht genug geschehen!

Stinnes' russische Ambitionen.

Neue Gerüchte.

Paris, 24. November. (E. E.)

Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien" erklärt, daß er in Kreisen der deutschen Industrie erfahren habe, daß Stinnes bereits vor seiner Abreise mit gewissen englischen und amerikanischen Kreisen in Fühlung getreten sei, die der Ansicht Ausdruck gegeben haben, daß man nicht erst den Sturz des bolschewistischen Regimes abwarten müsse, um den Wiederaufbau Rußlands zu beginnen. Dieser Ansicht sei auch Stinnes selbst, ebenso der Direktor der A. E. G., Felix Deutsch. Die deutschen Industriellen seien der Ansicht, daß man Rußland Transportmittel geben müsse. Deshalb sehe Stinnes die Schaffung eines internationalen Seetrusts vor. Außerdem wünsche er die Kontrolle über die Eisenbahnen in ganz Mitteleuropa zu erwerben. Was die internationale Zusammenarbeit anbelange, so könne man sagen, daß der Plan Hugo Stinnes' darin bestehe, daß die Vereinigten Staaten die Rohstoffe liefern sollen, die dann in Deutschland verarbeitet und auf den deutschen Eisenbahnen nach Rußland gebracht werden sollen.

Die „Chicago Tribune" läßt sich aus London melden, daß der Aufenthalt Hugo Stinnes' auf unbestimmte Zeit verlängert sei.

Die Einreiseerlaubnis nach Oberschlesien.

Eine rückgängig gemachte Anordnung.

Oppeln, 24. November. (W. T. B.)

Wie wir hören, hat die interalliierte Kommission dem deutschen Bevollmächtigten mitgeteilt, daß sie in Zukunft die Einreiseerlaubnis für bevollmächtigte Vertreter der deutschen Regierung nicht mehr versagen werde, die zum Zwecke der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Oberschlesien Erkundigungen einziehen wollen. Die interalliierte Kommission macht geltend, daß die früheren Bedenken jetzt, da die Genfer Verhandlungen begonnen hätten, nicht mehr bestünden. Wie wir weiter hören, ist einem Einreisegesuch des Generalvertreters für die Wirtschaftsfragen, Reichsminister a. D. v. Raumer, entsprochen worden.

Ist Frankreich isoliert?

Um eine Zustimmungserklärung der Großmächte. — Japan tastet die Front ab. Die letzten Ereignisse in Washington.

London, 24. November. (W. T. B.)

Eine Washingtoner Reutermeldung besagt, es scheine, daß auf der gestrigen Geheimsitzung der fünf Großmächte zur Erörterung der Landabrüstungen keine der Mächte irgendeinen Vorschlag unterbreitete, der als eine konkrete Erklärung zugunsten der französischen Haltung gegenüber der Frage der Herabsetzung der Heeresstärken angesehen werden könne.

Paris, 24. November. (W. T. B.)

Wie der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune" in Washington mitteilt, würde die französische Delegation es gern sehen, daß die Erörterung der Abrüstung zu Lande so beschleunigt werde, daß Briand mit einem endgültigen Spruch der Konferenz nach Frankreich zurückkehren könne. Die dem französischen Premierminister nahestehenden Persönlichkeiten hätten gestern geäußert, er wünsche eine Erklärung der Großmächte mit nach Paris zu nehmen, daß sie Frankreichs Entschluß, die Stärke eines Defensivheeres nicht herabzusetzen, unterstützten.

Der Sonderberichterstatter der Londoner „Daily Chronicle" auf der Washingtoner Konferenz meldet seinem Blatte: Briands eigentlicher Beitrag zur Washingtoner Konferenz sei gewesen, daß er jede Aussicht auf eine Verminderung der stehenden Heere in Europa oder anderswo zerstört habe. In einem Leitartikel schreibt das Blatt: England sei über die Rede Briands äußerst enttäuscht. Deutschland sei heute wirksam entwaffnet. Die Politik Briands sei ein Hindernis für die Verwirklichung jeder allgemeinen Rüstungseinschränkung.

Ein amerikanischer Bremser.

Gegen das Hughes-Programm.

Paris, 24. November. (W. T. B.)

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington hat das Kongreßmitglied Tinkham gestern eine Resolution eingebracht, der zufolge die Vereinigten Staaten der Einschränkung der Rüstungen zur See nicht zustimmen sollten, bevor der englisch-japanische Vertrag beseitigt oder durch irgendeine Abmachung ersetzt sei, an der die Vereinigten Staaten beteiligt wären.

Briands Abschiedsvisite.

Washington, 23. November. (W. T. B.)

Der Abschiedsbesuch, den Briand dem Präsidenten Harding abstattete, dauerte mehr als eine halbe Stunde. Die Unterredung war sehr herzlich, fast freundschaftlich.

Katos Abänderungsantrag.

Um die Mandschurei.

Paris, 24. November. (W. T. B.)

Wie der „Washingtoner Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune" mitteilt, hat Admiral Kato einen Abänderungsantrag zu der Rootschen Formel eingebracht, in dem der Statusquo in der Mandschurei anerkannt wird. Der Antrag sei angenommen worden, obwohl die Vereinigten Staaten und Japan beide die Mandschurei als einen Bestandteil Chinas anerkannten.

Paris, 24. November. (E. E.)

Die Meldung der „Chicago Tribune", daß der japanische Kronrat zusammentreten und die Richtlinien, die der Ministerpräsident Hara der japanischen Abordnung nach Washington auf den Weg gab, zu prüfen, wird auch durch andere aus Washington eintreffende Nachrichten bestätigt. Tatsächlich hat sich der japanische Kronrat eingehend mit dem Programm beschäftigt, das die Abordnung in Washington vertreten soll, die nun zum erstenmal Instruktionen von der neuen Regierung erhalten hat. Die japanischen Hauptdelegierten, Admiral Kato und Prinz Tokugawa, lehnten zwar eine Erörterung der aus Tokio erhaltenen Informationen ab, doch erfährt man, daß Japan geneigt ist, in China auf die Rechte der Exterritorialität zu verzichten. Unbestimmt ist nur der Zeitpunkt, an dem Japan dies tun wird. Auch sind die Japaner bereit, Sachalin zu räumen, wenn dort eine Regierung eingesetzt worden ist, die die Japan zustehenden Rechte gewährleistet. Da der Botschafter Shidehara noch immer erkrankt ist, wurde Mamo Hanihara zum Hauptdelegierten auf der Konferenz ernannt.

Der Premier Hughes ist pessimistisch.

Eine Parlamentsrede.

London, 24. November. (E. E.)

Im australischen Parlament hielt der Ministerpräsident Hughes über die Washingtoner Konferenz eine äußerst pessimistische Rede. Er erklärte, die Vereinigten Staaten und Japan hätten neue Kriegsschiffe vom Stapel gelassen, während England, um seine guten Absichten zu beweisen, seine Rüstungen einstelle und Tausende von Arbeitslosen schaffe. Hughes gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß man von der Washingtoner Konferenz nicht zu viel erwarten solle. Er trat für eine Verminderung der Luftstreitkräfte ein. Auf seinen Antrag wurde dieses Budget um 3000 Pfund Sterling herabgesetzt.

Deutsche Demokratie.

Was Bremen bedeutet.

Von

Anton Erkelenz, M. d. R.

I.

„Wer mit keiner anderen Voreingenommenheit als der seines eigenen Parteistandpunktes der politischen Debatte auf dem Reichsparteitag der Demokraten beiwohnte, kann sich des Eindrucks nicht verschließen, daß dieser Parteitag keine Parade war ..., sondern er war ein bemerkenswertes Ringen um die eigene Orientierung." Das ist das Urteil eines scharfen Gegners in der Bremer unabhängigsozialistischen Zeitung, eines Gegner, der sonst sehr viel Galle verspritzt hat. Und dies Urteil aus gegnerischem Munde trifft den Kernpunkt der Auseinandersetzungen. Selten sind Meinungsverschiedenheiten so sachlich ausgetragen worden wie hier. Hinter allen Verschiedenheiten über Anschauungen und Taktik stand auch der Respekt vor den Ansichten der anderen Seite.

Und dies Ringen in Bremen ist doch schließlich nur ein äußeres Kennzeichen der Gärungen, in denen das ganze deutsche Volk, in denen alle Parteien begriffen sind. In Bremen rangen stillschweigend weite Kreise des Volkes weit über unsere Partei hinaus mit uns um ihre eigene Orientierung, über Deutschlands geistige und materielle Zukunft. Und wenn Kritiker, auch im eigenen Lager, bemängelt haben, daß keine Klärung, keine endgültige Entscheidung gefunden wurde, so ist auch das ein Stück der allgemeinen Geisteskämpfe in Deutschland, die nicht von heute auf morgen zur Klärung und zum Abschluß gelangen können.

Weite Kreise des deutschen Volkes sind sich immer noch nicht der Veränderungen im ganzen Umfange bewußt, die seit 1914 in Deutschland eingetreten sind. Viele glauben, es werde sehr bald alles Alte, alle alten Einrichtungen, alle alten Gesinnungen, alle alten Machtverhältnisse wiederkehren. Wir hätten nur zeitweise in einem Traum gelebt, aus dem wir schon halb erwacht seien, und hinter dem bald alles Vergangene wiederkehre. Wir haben Parteien, wie die Deutsche Volkspartei, die den Nichtstehenden nach dem Gefühl reden, ihnen alles vorerzählen, was sie gern hören und dabei zeitweise agitatorische Erfolge erzielen. Und doch gibt es auch dort einige, die das Neue ahnen und den Weg suchen, und dabei auch die Unpopularität erfahren, an die wir schon länger gewöhnt sind. So leicht haben wir uns die Arbeit nie gemacht. Die demokratische Partei entstand aus dem tiefen Gefühl für die geschichtliche Lage Deutschlands, aus der Gewißheit, daß ein neues Blatt deutscher Geschichte aufgeschlagen, und daß es unsere Aufgabe sei, Führer und Leiter zu sein. Einige Monate lang, in den Tagen der Gefahr, als der Vulkan zu bersten drohte, haben auch weite Wählerkreise dies Ziel gesehen, bis sie wieder in Sorglosigkeit und Bequemlichkeit in ihre alten ausgetretenen Gleise zurücksanken. Nun erst beginnt der Jahre und Jahrzehnte dauernde Kampf um die Umstellung der Geister.

Und es sind durchaus nicht nur die alten Gesinnungen rechts, die den Gärungsprozeß in der deutschen Seele veranlassen. Links von uns, in den sozialistischen Parteien, ist dieser Rückfall in alte Anschauungen nicht weniger deutlich und nicht weniger verhängnisvoll. Gewiß haben die Mehrheitssozialisten viel gelernt, wahrscheinlich haben sie, unter dem Zwange der Ereignisse, mehr gelernt als die Gruppen rechts von uns. Aber die im alten Obrigkeitsstaat großgezogenen Gesinnungen haben uns zu dem Grundfehler verführt, zu der klassen- und kastengemäßen Abperrung der einzelnen Volksschichten gegeneinander. Dieser Grundfehler hat es bisher verhindert, daß wir tatsächlich ein Volk geworden, daß wir zur Nation miteinander verschmolzen sind, daß wir Leid und Freud als gemeinsames Schicksal empfinden. Und diese klassenmäßige Einstellung hat nicht einmal die Mehrheitssozialdemokratie überwunden ...

Man hat die Meinungsverschiedenheiten in Bremen nach der Schablone „rechts oder links" zu erklären gesucht. Im öffentlichen Leben denkt man gern in Schablonen, und es gibt zahlreiche Politiker, die froh sind, wenn sie ein schwer erklärliches Ereignis mit einem solchen Registraturwort beklebt haben. Weder das „Ringen um die eigene Orientierung" noch die gesamten geistigen Gärungen in Deutschland können mit der Rechts- und Linksschablone bezeichnet und erledigt werden. Sie haben einen sehr viel größeren Hintergrund,

sehr viel tiefer liegende Ursachen und Wirkungen, als die üblichen Redensarten zugeben. Die Demokratische Partei ist die einzige deutsche Partei — das Zentrum muß in diesem Zusammenhang wie so oft anders gewertet werden —, die über den alten Klassen- und Obrigkeitsstaat hinausweisen will zur Volksgemeinschaft. Gewiß nehmen auch andere Parteien dieses Ziel für sich in Anspruch. Aber die Deutsche Volkspartei ist, mag sie es programmatisch wollen oder nicht, im praktischen Leben ebensosehr die Klassenpartei des Besitzes, wie die Sozialdemokratie die Klassenpartei der Arbeiter ist. Es ist die geistige Stärke, aber auch zeitweilig die agitatorische Schwäche der Demokratischen Partei, daß sie beides nicht sein will und nicht sein darf. Und wenn man nach den tieferen Quellen der Unzufriedenheit forscht, die in Bremen hervortrat, dann hat man sie zu suchen in der Sorge der besten von uns, auch die Demokratie könne zur Klassenpartei herabsinken. Daß Männer wie Petersen. Lieber und zahllose andere das nicht wollen, weiß jeder, der sie kennt. Als Gertrud Bäumer in Bremen den Satz aus Hölderlins Empedokles zitierte: „Schämt Euch, daß Ihr noch einen König wollt. Euch kann niemand helfen, wenn Ihr Euch nicht selbst helft," da rührte sie unter allgemeinem stürmischen Beifall an eines der großen Fundamente einer über den Klassenkampf hinausweisenden Demokratie. Ueber diese Fundamente herrscht in unserm Lager auch eine Einmütigkeit, die weit, weit hinausgeht über die Schablonen „rechts oder links", „Fraktion oder Opposition". Und strittig war nur die Frage, ob man dies Ziel stets weit leuchtend vorantragen soll, oder ob es ein Sonntagsbanner ist.

Müllerei und Tollerschande.

Ein bedauerlicher Artikel.

München, 24. November. (Eigene Meldung.)

Die „Süddeutsche demokratische Korrespondenz" schreibt zu den Aeußerungen des Ministers Radbruchs im Reichstag: „Die bayerische Regierung muß den Gelüsten des Herrn Radbruch umso schärfer entgegentreten, als gerade seine Person alle Parteien, die auf Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung und Sicherheit für die erste Aufgabe des Staates halten, mit größtem Mißtrauen erfüllen muß. Wir kennen die Anschauungen des Herrn Radbruch und seine Bemühungen für die Mühsam und Genossen. Er hat, wie es heißt, sich selbst einmal dahin geäußert, daß in der deutschen Justiz der neue bolschewistische Geist noch am meisten fehlt (?) Das Reichskabinett hat aber in erster Linie die Pflicht, strebsame „bolschewistische Herren" an die Leine zu nehmen und ihm zu bedeuten, daß es sich hier nicht um eine technische Ressortfrage, sondern unter Umständen um die Existenz des Reiches handelt. Wir haben wahrhaftig Sorgen genug; sollen sie durch die Tapsigkeit dieses ministeriellen, kurzsichtigen Phantasten noch mehr vermehrt werden? Der Berliner Reichstagsuntersuchungskommission aber geben wir als beste Freunde des Reichsgedankens den dringenden Rat: Bleibt daheim und rührt nicht ein so heißes Feuer an! Wir Bayern werden selbst nach dem Rechten sehen und haben dies bisher auch bereits ohne die Berliner Regierung getan."

*

Es scheint, daß hier das böse Gewissen des Herrn Müller (Meiningen) in einer sonst demokratischen Korrespondenz wieder einmal schlägt. Er als Justizminister trug die unmittelbare Verantwortung für die Toller-Schande. Wann werden die bayerischen Demokraten (wir meinen die wirklichen, nicht die Namensdemokraten) endlich den Mut finden, zwischen sich und den Anhängern der Kulturschande des bayerischen Strafvollzugs gegen politische Häftlinge einen entschlossenen Strich zu ziehen? Die Verdächtigung Radbruchs als „Bolschewisten" ist eine so alberne Müllerei, daß man sie mit Verachtung übergehen muß.

Badische Lohnbewegungen.

Mannheim, 23. November. (W. T. B.)

Eine heute abgehaltene Bauarbeiterversammlung hat den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der eine Erhöhung des Stundenlohnes um 3,50 Mark und eine Verdoppelung für Ueberstunden vorsieht, abgelehnt. Man steht somit vor einem Streik der Bauarbeiter.

Ein anderes Telegramm meldet aus Ludwigshafen: Eine Arbeitsniederlegung in der Badischen Anilin- und Sodafabrik ist, wie jetzt bekannt wird, durch die Besatzungsbehörde verhindert worden. In der zehnten Abendstunde war die Ludwigshafener Stromverlorgung wieder normal. Damit ist zugleich mit einem Ende des Streiks zu rechnen, da das Pfalzwerk keine Unterstützung seitens der Gewerkschaften gefunden hat.

Lustspielhaus.

„Hahnenkampf."

Dieser Heinrich Lautensack war ein Genie, wie es der junge Goethe war, der die ruttifalen Szenen des „Götz" aufs Papier warf, wie der unglückliche Lenz, der die „Soldaten" schrieb und den „Hofmeister" und früh in die Nacht des Wahnsinns verfank. Reinhold Lenz und Heinrich Lautensack, Schicksalsgenossen. Am Wege gestorben ohne letzte Vollendung, unter: Hinterlassung einer Reihe fragmentarischer Werke, die dennoch mehr dichterische Kraft verraten als manche sorgfältig durchgefeilten und technisch einwandfreien Kunststücke.

Lautensacks Domäne ist das Volk des bayerischen Waldes. Ein kräftiger, sinnlicher Menschenschlag, fromm und verschlagen, ohne zur Rebellion gegen die Obrigkeit veranlagt zu sein, doch dem Gesetze nur in dem Grade untertan, den ihr eigenmächtiger Wille gestattet. Da kommt es vor, daß bei nächtlichen Streifzügen in den Wald mal ein Forstbeamter auf der Strecke bleibt, oder wegen einer Liebesgeschichte der Gendarm, dessen blaue Uniform den Lodenröcken allzu aufdringlich Konkurrenz machte, mit einer Kugel in der Stirn morgens draußen auf dem Felde gefunden wird. Die Untersuchung stellt schleunigst „Selbstmord" fest; und wenn auch in den Wirtshäusern allerlei gemunkelt wird, die Obrigkeit „sieht es nicht gern", daß Uebereifrige den mysteriösen Fall aufzuklären bemüht sind. Der Mann ist ja tot; — und warum soll man den andern das schöne Leben unnötig schwer machen?

Der Kampf der Ortshähne geht um ein schönes junges Weib, das sich ohne jede Konzession als Gemeindehure etabliert hat. Jeder, der etwas bedeutet, frequentiert sie. Das bringt manche Mißhelligkeiten mit sich, z. B. der Gendarm, ein dicker, dummer Bauernschädel, beansprucht ein Monopol. Das muß ihm ausgetrieben werden und wird ihm so gründlich ausgetrieben, daß er mit einer Kugel im Kopf zur endgültigen Entsagung genötigt wird. Eine Komödie, die mit einem brutalen Mord endet. Nur ein Genie wie Lautensack durfte dergleichen wagen.

Der Pariser Tristan Bernard hat eine Farce geschrieben, die der „Hühnerhof" heißt. Eine höchst amüsante Sache, wie da die Weibchen den Mann umkreisen. Spaßhaftes Getier, spaßhaft .... bei aller Fadheit. Der Dichter Lautensack, mit süddeutschem Bauernblut in den Adern, sah dieses selbe Gewimmel und Gekrabbel der begattungshastigen Menschentierchen. Aber bei ihm gibt's keine Galanterie und keine zweideutigen Wortspiele; er ist nicht pikant, sondern derb. Er zeichnet in kräftiger Holzschnittmanier Männer,

Die Nachtvorstellung im preußischen Landtag.

Fortdauer der kommunistischen Obstruktion. — Annahme der Geschäftsordnung.

Die gestrige Nachtvorstellung im Landtag zog sich bis in die sechste Morgenstunde hin. Die namentliche Abstimmung über eine Anzahl der vorliegenden kommunistischen Anträge, sowie über die zurückgestellten Paragraphen begann um zehn Uhr abends und dauerte bis fünf Uhr früh. Der Rest der Vorlagen wurde, unter Ablehnung sämtlicher kommunistischen Anträge, angenommen. Während der Abstimmung setzten noch mehrfach Pfeifversuche der Kommunisten ein. Von 1¼ Uhr nachts nach der Abstimmung über den § 58 erklären die kommunistischen Abgeordneten unter Beziehung auf den § 79 der Reihe nach, „um die Geschäfte des Hauses etwas in die Länge zu ziehen", daß sie sich der Abstimmung enthalten haben. Die namentliche Abstimmung über den entscheidenden § 59 ergibt die Annahme; das positive Abstimmungsergebnis war auf der Tribüne nicht zu verstehen, da die Kommunisten sich pfeifend und lärmend der Annahme widersetzten. Im Anschlusse daran wurde vom Abgeordneten Katz (Kom.) die Gültigkeit der namentlichen Abstimmung bezweifelt, weil mehrere Abgeordnete seiner Partei „zur Kontrolle der Zuverlässigkeit des Abstimmungsergebnisses" mehrere Stimmen abgegeben hatten. Präsident Leinert gab darauf bekannt, daß vom Abgeordneten Meuzel elf und von der Abgeordneten Frau Wolffstein sieben Stimmzettel abgegeben seien, die nicht mit abgezählt worden seien. (Pfuirufe bei der Mehrheit: Fälscher!)

*

Die Abstimmung wurde für gültig erklärt. Zwischen den Abstimmungen wurde um 2 Uhr nachts von sozialistischer Seite ein Antrag eingebracht, das Rauchen zu gestatten. Der Antrag wird nach kurzer Begründung abgelehnt. Einige Abgeordnete der kommunistischen Partei, darunter auch die weiblichen Kommunisten zünden sich trotzdem Zigaretten an. Präsident Leinert fordert daraufhin die Abgeordnete Frau Ludwig auf das Rauchen zu unterlassen.

Es wird bestimmt, daß diese Geschäftsordnung am 1. Dezember 1921 in Kraft tritt. Auch dieser Paragraph wird in namentlicher Abstimmung angenommen. **Zu ganzen waren 64 namentliche Abstimmungen erforderlich, die letzte erfolgte zwischen 5 Uhr und 5 Uhr 10 Min. morgens. In der Schlußabstimmung wird die Geschäftsordnung endgültig angenommen.**

Präsident Leinert: Sie haben sich eine Geschäftsordnung gegeben, die dank der Arbeit des Geschäftsordnungsausschusses zustandegekommen ist. Es steht zu erwarten, daß sich alle Mitglieder diesem selbstgegebenen Gesetz freiwillig fügen werden. (Beifall bei der Mehrheit, Lärm bei den Kommunisten.)

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung heute, Donnerstag, nachmittags 1 Uhr, abzuhalten mit der Tagesordnung: Forstetat und Etat des Innern.

Abg. Dr. v. Campe (D. Vp.) bittet, nach dieser anstrengenden Sitzung die nächste Sitzung erst um 3 Uhr beginnen zu lassen.

Die Kommunisten erheben Widerspruch gegen die Tagesordnung; Abg. Dr. Meyer (Ostpreußen) beantragt, die Frage der Amnestie auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Es folgt eine längere stürmische Geschäftsordnungsdebatte, in der Abg. Krüger (Potsdam, Soz.) erklärt: hätten die Gefängnisinsassen in den letzten Tagen das Treiben der äußersten Linken in den Parlamenten gesehen, ein Grauen wäre ihnen aufgegangen. (Lärm b. d. Komm.) Durch Ihre Schuld sitzen die Verurteilten in Lichtenburg. Jetzt wollen Sie nur Ihre politischen Geschäfte machen. (Erneuter Lärm.)

Präsident Leinert stellt fest, daß niemals im Aeltestenrat wie im Hause ein Antrag auf Behandlung der Amnestiefrage gestellt worden ist. (Großer, anhaltender Lärm, Rufe: Verlogene, feige Bande!)

Es bleibt bei dem Vorschlage, die nächste Sitzung abzuhalten: Donnerstag nachmittag 3 Uhr. (Forstetat und Etat des Innern.)

Unter großer Unruhe geht das Haus nach ½6 Uhr morgens auseinander.

Enteignung einer Hohenzollern-Villa. W. T. B. meldet aus Rom: Gestern erschienen in der bisher der preußischen Krone gehörigen Villa Falconieri in Frascati zwei Beamte, um von ihr im Namen der italienischen Regierung Besitz zu ergreifen.

Deutschlands Handel in Sowjetrußland. Wie „O. E." meldet, ist in Moskau eine deutsche Handelsdelegation unter Führung Dr. Hermanns eingetroffen, begleitet vom Leiter der Export-Import-Gesellschaft Schönmann. Dr. Hermann teilte der Presse mit, daß es seine Aufgabe sei, Verhandlungen mit der Landwirtschaftskommission aufzunehmen zwecks Einfuhr von Qualitätssamen und Erlangung von Konzessionen zur Errichtung deutscher Musterwirtschaften für Saatguterzeugung und für Einführung der besten modernsten Methoden der Vieh- und Pferdezucht sowie Versorgung der russischen Landwirtschaft mit Maschinen und Bedarfsartikeln. Im Austausch erwarte Deutschland Flachs, Holz, Pelze und andere russische Rohstoffe.

Die Vermögenssteuer in Goldmark.

Eine Regierungserklärung.

Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen gab Ministerialdirektor Popitz folgende Erklärung ab: Es ist der Antrag gestellt worden, den Tarif des Vermögenssteuergesetzentwurfs auf Goldmark abzustellen und für die Umrechnung die innere Kaufkraft zugrunde zu legen. Dieser Antrag hat Zweifellos zunächst viel Bestechendes für sich. Praktisch wird er aber kaum durchführbar sein. Ich verstehe den Antrag so, daß ermittelt werden soll, welche Leistungsfähigkeit die jetzt festgestellten Vermögen — das gleiche würde auch für die Einkommensteuer in Frage kommen im Frieden gehabt haben würden. Vermögen und Einkommen würden also zunächst nach Papiermark zu ermitteln sein und dieses Vermögen oder Einkommen würde durch eine bestimmte Zahl zu dividieren sein. Man könnte daran denken, daß man die Goldmark als Divisor benützt. Aber dies ist praktisch unmöglich; denn auf den Stand der Valuta haben ja nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische und spekulative Momente Einfluß. Dann könnte man daran denken, als Divisor die Zahl zu nehmen, die die innere Kaufkraft der Mark darstellt. Es ist aber nicht möglich, diese innere Kaufkraft zuverlässig zu ermitteln. In Deutschland gibt es verschiedene Indexaufstellungen; die bekanntesten sind der Index der „Frankfurter Zeitung" und der Index des Statistischen Reichsamts. Diese Indices weichen aber im Ergebnis erheblich voneinander ab. Die Ziffern sind also nur mit großer Vorsicht zu verwerten. Weiter wird aber zu berücksichtigen sein, daß für die Vermögenssteuer der Index auf einen Stichtag festgesetzt werden muß. Ein so gewählter Index würde also immer nur ein zufälliges Bild geben. Abgesehen hiervon können aber die gegenwärtigen Indices mit denen der Vorkriegszeit nicht verglichen werden, da in der Zwischenzeit die Grundlagen der Indexfeststellungen sich wesentlich geändert haben. Es würde sonach nur übrig bleiben, das Reichsfinanzministerium etwa mit Zustimmung des Reichsrats oder einer anderen Körperschaft den Divisor alljährlich bestimmen zu lassen. Es bedarf nicht des Hinweises auf die außerordentliche politische Belastung, die in der Zuweisung gerade dieser Aufgabe liegt, wenn man nicht nur die wirtschaftliche und politische, sondern auch die außenpolitische Tragweite einer solchen alljährlich zu treffenden Entscheidung sich vergegenwärtigt. Außerdem müßte eine solche Regelung die Durchführung der Lohnsteuer in Frage stellen.

Um die neuen Verbrauchssteuern.

Eine Ablehnung im Ausschuß.

Im Reichstagsausschuß für Verbrauchssteuern wurde die Debatte über die von der Reichsregierung vorgeschlagene Erhöhung der Zölle auf Tee, Kaffee und Kakao fortgesetzt. Bei der Abstimmung wurden die Zollsätze des Regierungsentwurfs für Kaffee, Kakaobohnen, Kakaobutter, Kakaomasse, Kakaopulver und Tee abgelehnt, für diese Artikel bleibt es also bei den alten niedrigen Zollsätzen. Dagegen wurde der neue erhöhte Zollsatz für Schokolade und Schokoladeersatzmittel sowie Waren daraus zum Ausschutz bewilligt. Für Schokolade soll demnach also pro Doppelzentner ein Zollsatz von 200 Mark wirksam werden.

Die Flucht des U-Boot-Boldt.

Complicen haben geholfen.

Hamburg, 24. November. (W. T. B.)

In der Hamburger Bürgerschaft kam es bei einer Anfrage der Kommunisten über die Flucht des Oberleutnants Boldt aus dem Gefängnis zu erregten Szenen. Von der Gefängnisdeputation war mitgeteilt worden, daß die Flucht wohl vorbereitet und von Freunden unterstützt zu sein scheint.

Politische Nachrichten.

Für die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Berlin, spricht am Mittwoch, 30. November, abends 8 Uhr der Regierungsrat Hans Goslar über: „Zionismus und Internationalismus" im Restaurant „Rotes Haus", Nollendorfplatz 4. Gäste willkommen.

Greid als Kreon und Midi Scheinpflug als Kreusa fügten sich glücklich in den großen Rahmen dieser außergewöhnlichen Vorstellung, zu der W. E. Gerull einfache, aber plastisch schöne Bühnenbilder geliefert hatte.

b i.

Der Künstlerprotest gegen Brunner. An der zu heute abend 8 Uhr nach dem Sitzungssaal des Herrenhauses vom Schutzverband Deutscher Schriftsteller einberufenen Protestversammlung für die Freiheit der geistigen Schaffens werden auch die Vertretungen bildender und darstellender Künstler mit ihren Vorständen und Mitgliedschaften teilnehmen. Als den Schutzverband sprechen: Bernhard Kellermann, Robert Breuer, Rechtsanwalt Klee; von amtlichen Persönlichkeiten: Reichsjustizrat Dr. Radbruch, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Apelt, vom Reichsministerium des Innern, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Lindenau. Ferner für den Goethebund Rechtsanwalt Wolfgang Heine, dessen, Ferner für den Goethebund Rechtsanwalt Wolfgang Heine, dessen, Ferner für die Sezession Prof. Karl Hofer, für die neue Sezession Prof. Lovis Corinth und Eugen Spiro; Baron zu Putlitz für den Deutschen Bühnenverein und Emil Lind für die Deutsche Bühnengenossenschaft. — Der Eintritt zur Versammlung ist frei.

Veranstaltungen der Volksoper. Zum Besten der Großen Volksoper findet am Sonnabend, 3. Dezember im Admiralspalast, ein Ball statt mit einer großen Festaufführung des zweiten Aktes der „Liedermaus" unter dem Titel „Eine Nacht beim Prinzen Orlofski".

Die Große Volksoper eröffnet am Mittwoch, 30. November das Große Haus des Schloßparktheaters Steglitz mit einer Aufführung von Rossinis komischer Oper „Der Barbier von Sevilla". Spielleitung: Fri. Ludwy Horth (Staatsoper). Musikalische Leitung: Gustav Brecher. Anfang 7½ Uhr.

Kammerspiele im Lessing-Museum.

Ein neues „Theater".

In dem ehrwürdigen alten Hause des Lessing-Museums in der Brüderstraße hat man einen kleinen Versammlungsraum, der etwa 170 Menschen fast (wenn die Stühle wie die Heringe in der Kiste placiert sind), als „Theater" einrichten zu müssen geglaubt. Der erste Versuch konnte diese Notwendigkeit nicht überzeugend dartun. Das dreiaktige (jeder Akt eine Stunde) Schauspiel „Der Narr" von Peter Egge, einem Norwegec, enthält zwar einen nicht uninteressanten Vorwurf, wirkt aber in den Verknüpfungen der Personen und Schicksale bis zur Kolportage konstruiert und ist mit einer stellenweise geradezu hilflosen und im ganzen jedenfalls dürftigen Dramatik aufgebaut. Das schleppende Spiel, innerhalb dessen nur Erwin Kopp als Narr stärkere Momente aufwies (namentlich in den Szenen affektlosen vergrübelten Leidens), schläferte schließlich den mutigsten Zuschauer ein. Lessing, der Patron des Hauses und unserer dramatischen Kunst, verwunderte sich sehr.

Erich

Groß-Berlin

Wucherpreisen oder — Lieferungsstreik?

Einschränkung der Margarine- und Zuckerzufuhren nach Berlin?

Wie der „B. S.-Korrespondenz" von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, haben in den letzten Tagen die ohnehin knappen Zufuhren von Margarine und Zucker nach Berlin stark nachgelassen, so daß in Fachkreisen Besorgnis über eine geregelte Versorgung der Bevölkerung mit Fett und Zucker geäußert wird. Nach Mitteilungen aus Handelskreisen wird die verringerte Lieferung von Margarine und Zucker darauf zurückgeführt, daß die Fabrikanten in der Tätigkeit der Beamten der Wucherpolizei (!) nicht die geeignete Methode erblicken, etwaige Fälle von Wucher aufzudecken. Wie der Korrespondenz weiter mitgeteilt wird, ist die Gefahr vorhanden, daß durch die Ueberfremdung der Margarineindustrie mit holländischem Kapital — das Ausland besitzt etwa 75 Prozent der in Frage kommenden Betriebe — eventuell seitens der Fabrikanten Maßnahmen vorgenommen werden könnten, die eine sehr erhebliche Schädigung der Schädigung zur Folge haben könnten. Auch bezüglich der Zufuhren für Berlin, ist man sehr pessimistisch, da infolge der Kartellierungen in der Zuckerindustrie, auch für die Lieferung dieses Lebensmittels, ein verhältnismäßig kleiner Kreis der Fabrikanten maßgebend ist.

Soweit die K. S.-Korrespondenz, der wahrscheinlich von Interessentreise die Notiz zur Lanzierung in die Oeffentlichkeit übergeben worden ist. Der Zweck dieser Uebung ist sehr eindeutig. Es soll ein Schreckschuß gegen die Wuchermaßnahmen der Regierung sein. Entweder die Verordnungen der Regierung gegen den Lebensmittelwucher werden aufgehoben oder man droht mit einem Lieferungsstreik. Diese Methode ist nicht neu. Als im vorigen Jahre das Wucheramt gegen die Hotels und Großrestaurants vorging, weil in diesen Betrieben gegen die Verordnungen in jeglicher Weise verstoßen wurde, wurde von den Inhabern dieser Betriebe und von ihren Interessenverbänden sofort mit der Schließung der Betriebe gedroht, die sich über ganz Deutschland erstrecken sollte. Die Gründe gegen die Maßnahmen der Behörden waren völlig dieselben, wie sie jetzt von den Handelskreisen angegeben werden. Man will eben in „Geschäft" in keiner Weise gehemmt sein und schließt sich solidarisch mit dem Schuldigen zusammen.

Bereits haben auch schon einzelne Interessenvertretungen des Handels genau wie im vorigen Jahre die Organisationen der Hotel- und Restaurantbesitzer Schritte unternommen, die die Behörden im Sinne dieser Interessenten beeinflussen sollen. So hat sich die Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin" gegen den Wucher-Erlaß des früherer preußischen Ministers des Innern Dominitus gewandt und seinen Nachfolger zur Abänderung aufgefordert. Wie der heute morgen wiedergegebene Erlaß des neuen Innenministers zeigt, hat die Einzelhandelsgemeinschaft damit keinen Erfolg gehabt. In ähnlicher Weise versucht der Generalfeldzeugmeister a. D. „Vereins Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche" die Maßnahmen des Ministers des Inneren, der ihm unterstellten Behörden und Organe zu mißkreditieren. Auch er glaubt, daß durch das Vorgehen der Wucherpolizei die Lebensmittelversorgung Berlins gefährdet werde. Die Wucherpolizei scheine, ohne irgendeine sachverständige Stelle (!!!) gefragt zu haben, selbst kleine Vorräte von Lebensmitteln im Kleinhandel zu beschlagnahmen, in dem wohl meist unbewiesbaren Verdachte (!!), diese Waren seien zurückgehalten, um damit bei steigenden Preisen Wucher zu treiben.

Es ist zu erwarten, daß die Regierung sich von den Aufstachelungen und Drohungen dieser Interessenverbände in ihren Maßnahmen nicht beeinflussen läßt, sondern mit rücksichtsloser Strenge gegen jede unberechtigte Verteuerung der Lebensmittel vorgeht und die passive Resistenz der Interessenten oder gar einen Lieferungsstreik mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln brechen wird. h. l.

Immer neue Raubüberfälle!

Die Raubüberfälle und Ausplünderungen auf öffentlicher Straße und in Wohnungen nehmen noch immer kein Ende. Als sich der Kursmakler Richter aus der Emanuelkirchstraße 25 in der vergangenen Nacht um 1½ Uhr auf dem Heimwege befand, fielen an der Ecke der Prenzlauer Allee drei junge Burschen über ihn her und raubten ihm die Brieftasche, die 5000 Mark bares Geld, einen Scheck des Berliner Kassenvereins über 10 000 Mark und zwei Dividendenscheine der Ostbank für Handel und Industrie über je 1500 Mark enthielt. Die Verbrecher entkamen mit der Beute. — Für 25 000 Mark Geld und Geldeswert büßte der Privatier Otto S. aus der Glaiwitzstraße ein, der in Lichtenberg Wegelagern in die Hände fiel. — Ein schwedischer Ingenieur, der sich augenblicklich in Berlin aufhält, saß gestern abend in einer Wirtschaft der unteren Friedrichstadt und wollte dan mit einem Kraftwagen nach seiner Wohnung in einem Hospiz fahren. Bevor er den Wagen erreicht hatte, wurde er an der Weidendammer Brücke von Unwohlsein befallen und brach bewußtlos zusammen. Als er wieder zu sich kam, lag er in einer Konditorei in der Friedrichstadt. Die „Samariter", die ihn dorthin gebracht hatten, hatten ihm die Barschaft und seine goldene Uhr geraubt. Die Barschaft betrug 3500 Mark, die Uhr hat einen Altertumswert von etwa 35- bis 40 000 Mark. Auf der Innenseite trägt sie den Namen Hilfe eingraviert. — Von einem falschen Leitungsrevisor überfallen und beraubt wurde in ihrer Wohnung in der Kaiserin-Augusta-Allee 48 die Kaufmannsfrau Erna Bochardt. Der Räuber, dem für 25 000 Mark Geld und Schmuckſachen in die Hände fielen, fesselte sie an Händen und Füßen und schob sie dann unter das Bett. Hier wurde sie besinnungslos aufgefunden. Unter den geraubten Schmuckſachen befinden sich ein Trauring, der E. B. 13. 7. 15 — 2. 1. 17 gezeichnet ist, eine silberne Handtasche mit einem kleinen silbernen Portemonnaie, eine goldene Damenuhr mit Kette und eine Brillantnadel. — In der Sandow-Schule in der Dasitzstraße wurde ein Verleger aus der Geisbergstraße bestohlen. Ihm entwendete ein unbekannter Täter, der sich eingeschlichen haben muß, aus seinem Mantel, den er aufgehängt hatte, als er sich zur Sportübung umkleidete, die Brieftasche mit 3000 Mark barem Gelde und einen Brillantring mit einem zwei Karat schweren Stein im Werte von 40 000 Mark.

Vor einem Elektrikerstreik in Berlin?

Urabstimmungen in den Betrieben — Weitere Verhandlungen beim Magistrat.

Wie wir im heutigen Morgenblatt berichteten, hat der Magistrat Berlin in seiner gestrigen Sitzung dem Schiedsspruch in dem Lohnstreit der Angestellten der städtischen Werke zugestimmt. Die Anträge der Gewerkschaften betreffend Abänderung des Schiedsspruchs wurden abgelehnt.

Am Mittwoch abend nahm eine Vollversammlung der Angestellten der städtischen Werke zu der durch den Magistratsbeschluß geschaffenen Lage Stellung. Schmidt (Z. d. A.) gab den Bericht. Er erklärte, die seit langer Zeit geführten Verhandlungen seien durch den Magistratsbeschluß als gescheitert anzusehen. Die Verhandsleitung schlug vor, den Schiedsspruch abzulehnen und am Donnerstag eine geheime Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs in den Betrieben vorzunehmen. Die Ablehnung bedeute den Streik, da neue Verhandlungen völlig aussichtslos seien. Hornbostel (Bahn) erklärte, daß auch die Organisation der Techniker für die Ablehnung des Schiedsspruchs sei. Reinefeld (Heizer- und Maschinistenverband) sagte den Angestellten die Unterstützung der städtischen Arbeiter zu. In der Diskussion sprachen sich alle Redner für die Ablehnung des Schiedsspruchs aus. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Vollversammlung der Angestellten der städtischen Werke nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß der Magistrat die letzten Einigungsvorschläge der Gewerkschaften — die eine plötzliche Beendigung der sieben Monate dauernden Tarifverhandlungen ermöglicht hätten — restlos abgelehnt hat. Diese starre Haltung des Magistrats wird die sofort vorzunehmende **Urabstimmung** naturgemäß sehr wesentlich beeinflussen. Die Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches bedeutet gleichzeitig die Entscheidung über die Anwendung des **letzten gewerkschaftlichen Mittels**, da alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind."

Falls der Magistrat sich nicht zu neuen erfolgreichen Verhandlungen entschließt, soll der Streik von den Organisationen spätestens für **Freitag früh** erklärt werden. Das hätte zur Folge, daß nicht nur **der gesamte Straßenbahnverkehr erneut stillgelegt** wird, sondern auch ein **großer Teil industrieller Betriebe könnte mangels Stromzufuhr nicht arbeiten.**

*

Es ist zu hoffen, daß durch die weiteren Verhandlungen, die im Laufe des heutigen Tages stattfinden, ein **Weg zur Verständigung** gefunden werden wird. Ein neuer Elektrikerstreik in Berlin würde für das wirtschaftliche Leben unabsehbare Folgen haben.

Der Mordprozeß Buchholz.

Beginn der Beweisaufnahme.

Der Beginn der heutigen Verhandlung gegen die Stipowachtmeister Erren und Meyer, denen die Ermordung des Polizeiwachtmeisters Buchholz zur Last gelegt wird, verzögerte sich erheblich, da ein Geschworener erkrankt war und ein Attest eingesandt hatte. Für ihn sprang ein **Ersatzgeschworener** ein.

Nach Eröffnung der Sitzung stellte Rechtsanwalt Dr. Alsberg den Antrag, die Stenotypistin Ella Zorn vom Kommando der Stipo als Zeugin darüber zu vernehmen, daß der ermordete Buchholz wenige Tage vor seinem Tode zu ihr geäußert habe, er hatte es mit seiner Frau nicht mehr aus, er habe hierbei ernsthafte Selbstmordgedanken geäußert. Das Gericht beschließt, die Zeugin zu laden.

Die Beweisaufnahme wird hierauf fortgesetzt. Der als Zeuge vernommene Kriminalwachtmeister Stachys war als einer der ersten am Tatorte und hat im Gegensatz zu dem Polizeiarzt Dr. Pellnitz nur sehr wenig Blut bei der Leiche gefunden, so daß ihm dies besonders auffiel. Zeuge kann nicht sagen, ob sich die Leiche bei Eintreffen des Arztes noch in derselben Stellung befunden habe, wie er, Zeuge, sie zuerst gesehen hatte.

Sehr ausführlich wird der Zeuge, Wachtmeister Buder, vernommen, der an dem kritischen Tage mehrfach gesehen hat, daß Erren in dem Zimmer 39 telephonierte, teils in Gegenwart des Buchholz, mit dem er noch eine kurze Unterhaltung hatte, teils in Abwesenheit des Buchholz. Die Vernehmung des Zeugen dreht sich hauptsächlich um die Frage, ob es möglich war, daß ein Dritter ungesehen in das Zimmer 39 gelangen und den Schuß abgegeben haben könnte. Eine Klärung der Tat wird auch durch die eingehenden Abfragungen dieses Zeugen nicht herbeigeführt.

Auf ernsten Vorhalt des Staatsanwalts erklärt der Zeuge, daß er keinerlei Vermutungen darüber habe, wer der Täter sein könne. Er weiß, daß Buchholz bei einigen beliebt, bei anderen unbeliebt war, daß Meyer sich in verdächtiger Weise über Buchholz geäußert, weiß Zeuge nicht.

Der Zeuge Polizeibeamter Hillmann schildert, daß er auf dem Hofe mehrere Schüsse gehört habe, um die er sich aber nicht weiter bekümmert. Nach etwa zehn Minuten hat er den dumpfen Schuß aus Nr. 39 gehört. Auf dem Wege nach dem Zimmer begegnete ihm Wachtmeister Heise, der vor Zimmer Nr. 40 stand, und als er selbst am Zimmer 39 vorbeikam, habe er gesehen, daß die Tür aufging und der Angeklagte Erren in großer Aufregung über die Leiche hinweg stieg und rief: „Es ist ein Unglück passiert!" Als der Zeuge selbst das Zimmer betrat, habe er den Wachtmeister Munny schon bei der Leiche stehen sehen. Der Zeuge befundet auf weitere Vorhaltungen, daß ihm

die Sache mit dem Selbstmord zweifelhaft

erschienen sei. Buchholz habe ihm einige Zeit vorher im Hinblick auf die ihm vorgeworfenen Unterschlagungen gesagt: er fühle sich schuldlos und denke nicht daran, sich ein Leid anzutun. Von Hörensagen hat der Zeuge auch gehört, daß gesagt worden sei: **wenn Buchholz mit politischen Sachen komme, müsse er um die Ecke gehen.**

Erster Staatsanwalt Kraufe-Laurens beantragt, sofort einen Zeugen Löhr zu laden. Diesem soll in Mitglied der Hundertschaft gesagt haben: er sei zur Zeit des Mordes im Zimmer gewesen und wisse genau, wer der Mörder sei. Der Zeuge soll sofort geladen werden.

Wachtmeister Munny bestätigt, daß er nach dem Fallen des dumpfen Schusses als erster im Zimmer war, aus dem der Angeklagte Erren herausgekommen war. Die Leiche habe am Boden gelegen, etwa einen halben Meter davon die Patronenhülse. Der Zeuge hat die Wunde am Hinterkopf sofort für die Einschußöffnung gehalten und **deshalb nicht an einen Selbstmord geglaubt,** zumal nach seiner Meinung **die am Boden liegende Pistole nicht die des Buchholz' gewesen sei.**

Unterschlagene Auslandswertbriefe. Wegen Unterschlagung von Wertbriefen wurden zwei Postbeamte festgenommen. Ein Hilfsschaffner Hähnel hatte vor einiger Zeit Einschreibsendungen und Wertbriefe, die aus dem Auslande kamen, nicht bestellt und die Anlieferungsscheine mit der Unterschrift des eigentlichen Empfängers gefälscht. Der Inhalt bestand in den meisten Fällen aus Schecks, die er einlöste. Inzwischen hatte sich Hähnel verheiratet und war dadurch in den Besitz größerer Geldmittel gekommen. Nun wollte er seine Verschlungen gutmachen und den Geschädigten durch Briefe das Geld wieder zustellen. Dadurch kam die Veruntreuung an den Tag, und Hähnel wurde festgenommen. Ein anderer Postbilfsbote hatte einen Brief aus Amerika unterschlagen, der einen Scheck über eine hohe Summe enthielt. Durch einen jungen Mann ließ er die Unterschrift des Empfängers fälschen und den Betrag abheben. Einen Teil der Beute mußte er einem Freunde, der darum wußte, abgeben. Dieser richtete sich davon eine Schuhmacherei ein. Die Unterschlagung gelangte jedoch zur Kenntnis der Kriminalpolizei, die die Beteiligten verhaftete. Alle wurden von der Kriminalpolizeidienststelle dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Von einem Kraftomnibus überfahren und getötet wurde gestern an der Ecke der Französischen und Oberwallstraße der neunzehn Jahre alte Sohn Fredy des Kassierers Kluckert aus der Hutteinstraße 7.

Die Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten hält vom 24. bis 26. November ihren ersten Gewerkschaftstag in Berlin ab. Der Reichspostgewerkschaft sind zurzeit sechs Postfachverbände mit 255 000 Beamten angeschlossen. Die Tagung, zu der 135 Vertreter engemeldet sind, wird sich in erster Linie mit organisatorischen Fragen befassen.

Handelsteil

Kurse der Berliner Börse.

Fest-verzinsliche Werte		Anfangs-Kurse	Schluß-Kurse						
		A 11	21.11.						
R.-Sch. 15	6	99a	99a	Berlin Handl.	15	658	660	Hirsch. Kupfer	15	995¼	980
do. 17 th	6	99a	99a	Deutsche Bank	15	678	651	Höchst. Farb	25	675	680
do. 16 IV-V	6½	84a	84a	Diskonto Kom.	15	605	595	Hoesch. Eis.	15	1445	1500
do. 6-9 (Ag.)	6½	72	72	Dresdner Bank	15	575	560	Holzmann Phil.	15	1070	1070
do. fall. 24	6½	94a	94a	Ges. Kred.-A.	15	403	403	Holtmann	15	650	645
Dt. Reichs.-A.	6	77a	77a	Mitteld. K.-B.	15	435	438	Humb. Maschi.	10	821	821
do.	4	77a	77a	Nat.-Bank f. D.	10	435	438	Ilse Bergbau	25	2550	2150
do.	3½	71	71½	Oesterr. Kredit	11½	145	149a	Junghans St.	15	498½	6505
Pr. Sch. 1.2.22	5	89½	90a	Reichsbank	15	1131	1142	Kali Aschersl.	15	820	860
do. 1. 11. 22	5	69½	90a	Südd. Bank	15	835	843a	Kattowitz Bgb.	15	1406	1060
do. 1. 5. 24	5		99a	Württ. Notenb.	15	870	890	Kattowitz Bgb.	15	1396	1410
Pr. Kons. Anl.	4	73a	73a	Allg. El. Ges.	14	995	1012	Köln-Neuess.	15	1600	1605
do.	3½	62a	63a	Anglo Konto	15	1665	1680	Kölln. Bergw.	15	1230	1202
do.	3½	61½	62a	Ascherl. Z. a. P.	25	1340	1300	Körting Gebr.	15	940	940
do.	3	61½	62a	Augsbg. Nrb.	12	1562	1610	Krauss Lok.	15	1201	1201
Bayr. St.-Anl.	4		81a	Bad. Anil. Soda	25	650	915	Lahmeyer	15	770	750
do. do.	3½	155	142	Bergm. Elektr.	15	1145	1100	Laurahütte	25	1125	1145
Mex. Eh.	6			Berl.-Anh. M.	13	869	855	Linke-Hofm.	25	1440	1500
Mex. Anl.	4	3495		do. Elektr. W.	10	850	838	Lodw. Loewe	15	1215	1070
do. do.	4		2400	Berl. Masch.	15	1820	1810	C. Lorenz	25	1150	1075
Cent. C.-Pfandl.	4	111a	118	Bingwerke	15	705½	702	Lothr. H. u. B.	16	600	640
do. K. B.	4			Bismarckhütte	15	—	—	do. E.-A. Certif.	15	1250	1260
Pf. Rgd. EA. 1	4	269	258	Boch. Gussst.	15	1210	1298	do. Koksw.	25	1770	1765
do. Rgd. EA. 2	4	209	200	Chr. Böhl & Co.	16	1605	—	Orenst. & Kop.	21	1550	1471
do. ca. 1. 06	4		225	Bodenau Eisw.	12	1040	1020	Phönix Bergb.	15	1500	1290
do. Zeh. 011	4	143	135	Charl. Wass.	9	625	625	Jul. Pintsch	25		1591
do. 409 P. L.	4	105	975	Cham. Gries	15	1190	1075	Pöge Elektr.	17	770	750
Ung. St.-R. 13	4½		515	do. Heyden	15	1360	1380	Ralfg. Hyp.	27	1320	1330
do. do. 14	4½		504	Daimler Mot.	5	795	750	Rhein. Braunk.	25	1400	1410
do. Gold-R.	4	115	110	Otsch. Kl. L.	0%	1800	1900	do. Mel., V.-A.	6	750	730
do. St.-R. 10	4½		43	Dt. Lowenb. B.	15	1090	1070	do. Stahlwerk	25	1150	1545
do. Kron.-K.	4	37	36½	Dt. Kaliwerke	8	1200	1230	do. do. Spezl.	12½	925	947
Mexikan. Sew.	4	1900	—	Dt. Maschinen	15	1060	1060	Riebeck. Mt.	15	1400	1440
Lond. Obl.	2½	105	100	Dt. Nat.-Mot.	15	1830	1889	Rombach. Hütt.	15	910	880
do. neu		72a	78	Dt. Eisenhdl.	15	1000	965a	Rütgerswerke	25	1159	1100
Anatol. Eb.	4½	290	225	Dyna. A. Nobel	15	1010	1080	Sachsenwerk	16	850	851
Aktien.				Eisenh. V.-B.	15	1120	1100	H. Schneider	25	675	675
				Elbert. Farben	20	900	900	Schubert & G.	10½	809	810
West.-Bittfld.	—		285	El. Lieferung	14	850	855	Schulth.-Pat.	15	1800	1750
Schantung-A.	—	665	675	El. Licht u. K.	15	1495	1745	Siemens & H.	14	890	925
Dtsch.-ung. Stb.	7½	282	281	Essen. Stk.	15	1446	1460	Siemens Glas	15	1435	1430
Lenamin. P.-A.	—			Fahlberg L.	25	895	900	Stahl Kamm.	25	2500	2540
Baltim. Ohio	—	942	960	Felt. & Guill.	20	1251	1276	Thale Eisenh.	20	3370	3390
Canada	—	970	—	Gasm. Deutz	15	975	1000	Leonhd. Tietz	10	505	501
Tehuan. Kat.	—	1715	1535	Gelsenk. Bgw.	9	1125	1100	Türk. Tab. A.	15	3200	
do. do.	4½	1559	1455	Ges. f. el. Unt.	15	990	1009a	Union Gieß.	25	921	921
				Th. Goldschm.	20	1374	1395	Vogel Tel. Dr.	25	1825	1700
Argo Dampf.	20	—	2403	Görl. Wagon	24	1395	1170	Waser Schiffb.	10	660	650
Dt.-Austr. Dpf.	10	800	—	Gothaer Wag.	15	1140	1300	Wasserw. A.	15	1540	1570
Hamb.-Am.-P.	8	629	649a	Hackethal	30	850	825	Zolln.-Wald.	25	1075	1120
Hamb.-Süd.-A.	15	912	920	Hannoversche	24	1500	1945	Zimmermann	15	920	940
Hansa-Dampf.	16		765	Hann. Wagg.	30	1300	1255	Neu-Guinea	6	900	900
Nordd. Lloyd.	5	675	—	Harp. Bergw.	12	1540	1565	Otavi Minen	6	1205½	1302
Ver. Oberschl.	20	985	1000	Hartmann M.	28	1095	1144	do. Genußsch.	8	1210	1248

Berliner Börse.

Die Devisenentwicklung bot heute der Börse nur wenig Anregung, auch die politische Lage läßt keine große Bewegungsfreiheit zu. Daher war das Geschäft anfangs still, doch widerstandsfähiger, jedoch mit einheitlichem Kursniveau. Für eine große Anzahl von Spezialpapieren lag bei einiger Nachfrage so gut wie gar kein Angebot vor, so daß teilweise ansehnliche Kursbesserungen eintraten. Im Devisenmarkt war nur sehr geringes Geschäft. Dollar anfangs 2 Mark.

Devisen	24. 11. Geld	24. 11. Brief	23. 11. Geld	23. 11. Brief	Devisen	24. 11. Geld	24. 11. Brief	23. 11. Geld	23. 11. Brief
Holland Gld.	10114	10135	5940 15	5959 85	Ungar. A.	30 40	30 54	2897	9043
Dänemark.	6210 74	6230 26	5154 15	5169 85	Ital. -B.	29 070	29 630	2887 50	2895 0
Schweden	6643 35	6658 65	6523 45	6539 55	Spanien Pa.			3821 15	3828 85
Norwegen	5996	6004	3806 05	3813 95	Amerika D			2784 7	2790 3
Finnld. 1. M.	5894 5	5905 5	5094 5	5105 5	Belgien Fr.			1917 50	1916 50
Schweiz Fr.			5252 50	5262 50	England £	1133 65	1135 15	1111 35	1113 65
Argentin. Pa	9360	94	9132 5	9152 5	Frankr. Fr.			1963	1967
Bulgar. Lv.	898	902	880	882	Italien. Lire			1138 85	1141 15

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend. Trocken und vielfach heiter, nur zeitweise nebelig bei schwachen östlichen Winden; außer um Mittag mäßiger Frost.

Allgemeine Wettervoraussichten für Deutschland. Ueberall trocken; vorwiegend heiter der Osten ziemlich strenge Kälte.

Wissen und Schauen!

Wochenschrift für das deutsche Volk

herausgegeben von Dr. C. Richard Böhm, geleitet von Dr. C. W. Schmidt.

„Wissen und Schauen" bringt jeden Sonnabend auf 24 Seiten reich illustrierte Aufsätze aus allen Gebieten des Wissens. Sie wendet sich in ihrer allgemeinverständlichen Form an weitest-Kreise und erblickt ihre vornehmste Aufgabe darin, **der breiten Masse unseres Volkes** Belehrung, und edle Unterhaltung zu bieten. Unabhängig von irgendeiner Partei oder Richtung will „Wissen und Schauen" denen dienstbar sein die Anteil nehmen an dem Bestehen deutscher Wissenschaft und Kunst und innere Bereicherung suchen. — Außer dem belehrenden Text erscheinen abwechselnd zwei Beibilder mehr unterhaltenden Inhalts: „Die weite Welt" und „Deutsche Dichtung".

„Deutsche Dichtung" bringt Romane, Novellen, Skizzen und Gedichte der besten deutschen Dichter der Vergangenheit und Gegenwart in sorgfältiger Auswahl.

„Die weite Welt" enthält Naturschilderungen und Reiseerlebnisse aus aller Herren Ländern. In Wort und Bild sieben die fremden Landschaften mit ihren Wundern der Natur und Kunst an uns vorüber und die seltsamen Sitten und Gebräuche fremder Völker werden uns vertraut.

Als Prämie vollständig gratis

erhält jeder Abonnent von „Wissen und Schauen" nach Bezug von 52 Heften eine wundervolle Reproduktion — Farbendruck in den Größen ca. 50×60 cm — **nach freier Wahl** (Landschaftsbild, See- oder Blumenstück, Jagd- oder Tierbild) als schönen Wandschmuck für sein Zimmer.

An öff. Zeitungs-Bestellschein zu 3. Seite. Ausschneiden und bei der nächsten Zeitungsannahmestelle abgeben.

Feller-Bestellschein

Feller-Verlag, Berlin-Hermsdorf, Wilhelmstraße 9. Ich bestelle hiermit bei Ihnen „Wissen und Schauen" (Illustrierte Wochenschrift für das deutsche Volk) in 13 Hefte à — Mk. und 40 Pfg. Zustellungsgebühr, also Mk. 5.20 mit Streifband und die Prämie nach Wahl, die mir nach Bezug von 52 Heften zugehen soll. Nachnahme. Ich bitte, mir auch Probehefte zu senden. Betrag wird bei Bezug der Hefte entrichtet. Gefl. Zutreffendes unterstreichen.

Name: _____

Stand: _____

Ort: _____

Diese hervorragende Schrift darf in keiner deutschen Familie fehlen. Der Mann und die Frau aus dem Volke — aus Stadt und Land — für sie soll „Wissen und Schauen" ein willkommener Freund sein. Damit auch jeder darauf abonnieren kann, ist der Preis auf nur 2 M. pro Heft festgesetzt und kann anstatt in Vierteljahresbeträgen — **mit monatl. nur 9 M. gezahlt werden** (s. Bestellschein).

Feller-Verlag, Berlin-Hermsdorf — Postscheck-Konto Nr. 124345 Berlin NW. 7. — Telephon: Amt Zegel 3422.